

57. Beilage im Jahre 2015 zu den
Sitzungsberichten des XXX. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag

Beilage 57/2015

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 10. Juni 2015

**BETREFF: Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weiter
abbauen**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Volkspartei und Grüne betonen in ihrem gemeinsamen Arbeitsprogramm für die XXX. Gesetzgebungsperiode des Vorarlberger Landtags, dass sich eine moderne Familienpolitik auch dadurch auszeichnet, dass keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften erfolgt.

Die Beseitigung von Diskriminierungen im Rechtsbestand in Österreich ist zu großen Teilen Bundeskompetenz. In den vergangenen Jahren konnte – auch in Umsetzung von höchstgerichtlichen Entscheidungen – einiges erreicht werden. Nichtsdestotrotz bestehen nach wie vor Bereiche, in denen gleichgeschlechtliche Partnerschaften diskriminiert sind.

Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen ist ein Gebot der Stunde. Volkspartei und Grüne vertreten die Ansicht, dass ein Klima des lebendigen Miteinanders, in der Diskriminierung keinen Platz hat, wichtig für alle ist. Alle Menschen brauchen die gleiche Chance – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Identität. Es gilt, dieses Ziel insbesondere auf allen gesetzgebenden Ebenen zu verfolgen. Der vollständige Abbau aller Diskriminierungen schafft Rechtssicherheit für die Betroffenen.

Moderne Familienpolitik heißt aber auch, dass verschiedene Umstände und persönliche Entscheidungen in allen Lebenslagen zu respektieren und zu unterstützen sind. Das Verbindende soll vor das Trennende gestellt werden – das Wertschätzende vor das Ausgrenzende.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG:

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung und den im National- und Bundesrat vertretenen Parteien dafür einzusetzen, dass vorhandene Diskriminierungen bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften abgebaut werden.“

LAbg. KO Mag. Roland Frühstück

LAbg. KO Dr. Adi Gross

LAbg. Martina Rüscher

LAbg. Mag. Nina Tomaselli